

Von guten Ungarn und schlechten Juden

Die Schweiz empfing vor 60 Jahren über 14 000 ungarische Flüchtlinge mit offenen Armen. Zeitgleich erreichten 200 jüdische Flüchtlinge aus Ägypten die Schweiz – und wurden wegen «Überfremdung» abgewiesen.

VON HANNAH EINHAUS

Mit einer friedlichen Grossdemonstration gegen die kommunistische Regierung und die sowjetische Besatzung forderten Studenten am 23. Oktober 1956 in Budapest mehr Demokratie. Die Zahl der Demonstranten wuchs rasant. Schüsse fielen. Zwölf Tage später marschierten sowjetische Truppen ein, und der Volksaufstand war beendet. Rund 200 000 Ungarn verliessen nach dem gescheiterten Aufstand ihr Heimatland. Am 9. November erreichten die ersten Züge mit Flüchtlingen die Schweiz. In den folgenden sechs Jahren wurden 14 000 Menschen nach und nach integriert, darunter einige hundert Juden. Die Willkommenspolitik war antikommunistisch motiviert.

Die freundliche Reaktion der Schweizer Politik und Bevölkerung war aber auch eine indirekte Folge der jüdenfeindlichen Flüchtlingspolitik im Krieg: Eine Untersuchung im Auftrag des Bundesrats, der Ludwig-Bericht, hatte gezeigt, dass die Schweiz im Krieg ohne weiteres über 20 000 Juden mehr hätte retten können. Nun war man teils aus Reue solidarisch. Wirklich? Hatte man aus der Haltung gegenüber Juden gelernt?

Im Schatten dieser Ereignisse erreichten auch rund 200 jüdische Flüchtlinge aus Ägypten die Schweiz. Präsident Gamal Abdel Nasser hatte den Suezkrieg in den gleichen Wochen gegen Israel, England und Frankreich zum Vorwand für Pogrome an Juden im eigenen Land genommen. Wie sich schon nach wenigen Wochen zeigen sollte, wurden diese von der Schweiz anders behandelt als die jüdischen Flüchtlinge unter den Ungarn. Die einen als Antikommunisten, die anderen als Juden. Am 25. November 1956 kamen die ersten Juden aus Ägypten mit nur wenigen Habseligkeiten in Kloten an. Das dortige Personal wendete sich an die jüdischen Organisationen.

Vernichtungspläne am Nil

Für die folgenden Aktionen auf jüdischer Seite hatten drei Männer die Federführung: Georges Brunshvig, Benjamin Sagalowitz und Otto Heim. Brunshvig war Präsident der jüdischen Dachorganisation SIG, Sagalowitz beschaffte und vermittelte Informationen für die Jüdische Nachrichtenagentur Juna, und Otto Heim war verantwortlich für die Flüchtlingsbetreuung durch das jüdische Hilfswerk VSJF. Sagalowitz brach noch am selben Abend nach Kloten auf, um mehr über den neuen Exodus von 50 000 Juden zu erfahren. Die verängstigten Menschen berichteten übereinstimmend von Enteignungen und Vertreibungen der Juden in Ägypten.

Am 10. November hatte Nasser der ägyptischen Bevölkerung Kriegsschadigungen im Umfang von fünfzig Millionen Pfund versprochen, doch die Staatskasse war leer. Die Regierung veranlasste die Konfiszierung jüdischer Vermögen und begann mit der Ausweisung aller Franzosen, Engländer und Juden. Für die jüdischen Staatsangehörigen Ägyptens wurde die Flucht fast aussichtslos: Nasser entzog ihnen ihre Nationalität, und für die nunmehr Staatenlosen sank die Chance auf eine Aufnahme in einem anderen Staat praktisch auf null. Mit Ausnahme Israels war kein Land bereit, eine grosse Anzahl jüdischer Flüchtlinge aufzunehmen.

Tag für Tag sickerten Informationen über die dramatische Lage der Juden in Ägypten durch. Sagalowitz fasste die einlaufenden Informationen zu «Originalberichten» für interne Zwecke zusammen, die nun zum ersten Mal nach sechzig Jahren in einer Biografie über Georges Brunshvig aufgearbeitet sind. Sie zeugen von systematischer Vertreibung. Meist in der Dunkelheit drangen Nassers Schergen in jüdische Häuser ein. Unter Todesdrohungen zwangen sie die Besitzer, eine Erklärung zu unterschreiben, mit der sie das Ende ihrer eigenen Existenz besiegelten.



Ungarische Flüchtlinge treffen am 8. November 1956 am Grenzbahnhof in Buchs ein. Nicht alle Flüchtlinge waren so willkommen wie sie.

Keystone/Photopress



Hannah Einhaus ist Journalistin und Historikerin. Die Geschichte über die Ereignisse von 1956 sind Teil ihrer Biografie über Georges Brunshvig mit dem Titel: «Für Recht und Würde. Georges Brunshvig: jüdischer Demokrat, Berner Anwalt, Schweizer Patriot». Erschienen ist das Buch im Chronos Verlag.

Sie würden das Land «freiwillig» verlassen, hiess es im Dokument, in der Absicht, nicht mehr zurückzukehren. Wer nicht gehen wollte oder konnte, war der Willkür Nassers ausgeliefert und musste mit lebenslanger Haft und Folter rechnen. An der Börse beklagten sich Händler schon nach wenigen Wochen, der Ausschluss von Juden stürze die Wirtschaft in die Krise.

Die Verbannung der Juden aus dem Wirtschaftsleben war begleitet von antisemitischer Hasspropaganda. Wie im Dritten Reich zeigten systematische Hetztiraden in Radio und Zeitungen rasch Wirkung. Juden wurden auf der Strasse angespuckt und ausgelacht. Der Rückgriff auf diese Methoden war kein Zufall. Ehemalige SS-Offiziere und Exponenten der NS-Propaganda fanden bereits am Ende des Krieges Unterschlupf in Ägypten. Den direkten Einfluss des Nationalsozialismus und die hasserfüllte Haltung gegenüber Juden unterlegte Sagalowitz in einem seiner «Originalberichte» mit dem Zitat eines hohen ägyptischen Beamten: «Es fehlen nur noch die Gasöfen.»

Die Welt merkte wenig von diesem Exodus von rund 50 000 Juden aus Ägypten. Die Informationen reichten nicht für Schlagzeilen, und Gespräche hinter den Kulissen fruchteten nicht. Für die Schweiz lag Ungarn vor der Haustür. Im Fall von Ägypten galt das Interesse der westlichen Staaten der strategisch zentralen Lage am Suezkanal, nicht dem Schicksal einer vertriebenen Minderheit. Georges Brunshvig sah sich am 12. Dezember 1956 veranlasst, einen Appell an UNO-Generalsekretär Dag Hammarskjöld zu richten, «der pogromähnlichen Entwicklung in Ägypten Einhalt zu gebieten, bevor es zu spät ist». Der Ap-

pell an die UNO blieb unbeachtet. Auf die Vertreibung der Juden aus Ägypten folgte keine Resolution, auch Hilfsaktionen des UNO-Flüchtlingshochkommissariats sind nicht bekannt. Die eher israelfreundlich gesinnte NZZ-Auslandredaktion befand in einem Brief im Dezember 1956 an Sagalowitz, dass «der Ausbruch des neuen virulenten und militanten Antisemitismus die direkte Folge des militärischen Debakels Nassers ist». Zwischen den Zeilen bedeutete dies: Die Juden sind selber schuld. Sagalowitz antwortete: «Wenn die Welt die Selbstverteidigung Israels auch nur als eine gute Ausrede für Nasser gelten lässt, so kapituliert sie meines Erachtens vor der Barbarei und macht sich noch einmal durch Schweigen an Verbrechen des Rassenwahns mitschuldig.»

Vage Versprechen des Bundesrats

Am 14. Dezember, 19 Tage nach der Landung der ersten Maschine mit jüdischen Flüchtlingen aus Ägypten, machten sich Heim und Brunshvig auf den Weg zum Westflügel des Bundeshauses. Um 9.30 Uhr begannen die Verhandlungen mit Vertretern der Polizeibehörden über den Status der Passagiere aus Kairo. Am Tisch sass Elmar Mäder, Chef der Fremdenpolizei und Nachfolger von Heinrich Rothmund, sowie Oscar Schürch, stellvertretender Chef der eidgenössischen Polizeiabteilung. Die beiden Spitzenbeamten hatten bereits in den Kriegsjahren eine harte Linie gegen eine «Verjudung» gefahren und zeigten auch jetzt kein grosses Entgegenkommen. Nach knapp zweistündiger Sitzung verpflichtete sich der Bund, jüdischen Flüchtlingen in Kairo und Alexandria Transitvisa für zwei Monate auszustellen. Dies ge-

schah unter der Voraussetzung, dass der Aufenthalt von jüdischer Seite finanziert und die Weiterwanderung garantiert war.

Drei Tage nach dieser Sitzung im EJPD ging angeblich ein Schreiben mit entsprechenden Instruktionen an die Schweizer Vertretungen in Ägypten. Danach geschah nichts mehr. Drei Monate später war klar: Die Behörden ignorierten die Abmachungen. Otto Heim erinnerte Mäder im März 1957 an die Vereinbarung vom Dezember 1956: «Es scheint uns doch, dass die mit Ihnen getroffene Vereinbarung in Kairo nicht bekannt ist, sodass sie eigentlich illusorisch wird.» Mäder reagierte nicht. Sagalowitz' Kommentar: «Der Widerspruch zwischen schönen Worten und den ihnen folgenden Handlungen scheint die grosse Mode unserer Tage zu sein.»

Ein schmerzhafter Punkt für Brunshvig, Heim und Sagalowitz blieb die ungleiche Behandlung von Juden aus Ungarn und Ägypten. Jene 500 aus Ungarn konnten sich ohne weiteres niederlassen und arbeiten. Sie waren als Antikommunisten gekommen. Ihnen wurde Israel nicht als Alternative aufgezwungen, obwohl der jüdische Staat auch sie aufnehmen hätte. Für die etwa 160 jüdischen Flüchtlinge aus Ägypten hingegen war es eine Gnade, dank einem hart errungenen Transitvisum einreisen zu dürfen – unter der Bedingung, dass sie nach zwei Monaten nach Israel oder in ein Drittland weiterreisten. Die Flüchtlinge aus Ägypten waren als Juden gekommen. Will heissen: Diese Ablehnung knüpfte nahtlos an die antisemitischen Ressentiments der Behörden in der Kriegszeit an. Mit Ausnahme einer Handvoll Personen verliessen alle Juden aus Ägypten die Schweiz.